

Nötzold, Jürgen

Article — Digitized Version

## Osteuropas Abhängigkeit von der UdSSR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Nötzold, Jürgen (1969) : Osteuropas Abhängigkeit von der UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 11, pp. 656-660

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134040>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Osteuropas Abhängigkeit von der UdSSR

Dr. Jürgen Nötzold, München

In Osteuropa ist ungefähr ab 1960 eine Tendenz zu weltwirtschaftlicher Öffnung zu verzeichnen. Damit verbunden ist eine mehr oder weniger starke außenwirtschaftliche Reorientierung auf westliche Industriestaaten. Die Ausweitung des osteuropäischen Außenhandels mit westlichen Industrienationen wird allerdings durch langfristig vereinbarte Rohstoff- und Energielieferungen mit der Sowjetunion behindert. Diese ökonomische Basisverflechtung absorbiert einen erheblichen Teil des Außenhandelspotentials. In den letzten Jahren lag der Anteil der Sowjetunion am Außenhandel Osteuropas durchschnittlich zwischen 30 % (Polen, Ungarn, Rumänien) und 50 % (Bulgarien). So ist die UdSSR als die dominierende Wirtschaft im Verband des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) in der Lage, die außenwirtschaftliche Handlungsfreiheit der anderen Länder zu bestimmen. Das Ausmaß dieses Dominationseffektes kann man nur richtig ermessen, wenn man berücksichtigt, daß der Anteil der UdSSR am Außenhandel der einzelnen osteuropäischen Staaten noch 1938 folgende Werte aufwies: bei Ungarn gleich Null, bei Rumänien und Bulgarien fast Null, bei Polen 1,1 % und bei der ČSSR 2,6 %.

### **Umlenkung der Handelsströme**

Innerhalb kurzer Zeit – 1948 bis 1953 – war aber die heute bestehende regionale Verteilung des Außenhandels erreicht. Die ČSSR, die sich aufgrund ihrer starken internationalen Verflechtung im Gleichmaß mit dem industriellen Fortschritt Westeuropas entwickelt hatte und 1938 noch 85 % ihres Außenhandels mit westlichen Ländern abwickelte, wurde von dieser Umorientierung besonders stark betroffen. Von den Mitgliedern des RGW haben heute nur noch Bulgarien und die Mongolische VR einen geringeren Prozentsatz der

Exporte in westliche Industrieländer aufzuweisen als die ČSSR. In ähnlicher Weise stellte die Sowjetunion selbst ihre Außenwirtschaftsbeziehungen um. Noch 1938 wurden über 60 % des sowjetischen Warenumsatzes mit westlichen Industriestaaten abgewickelt. Bis 1950 fiel der Außenhandel mit den gleichen Ländern auf 11,9 %. Umgekehrt wurden 1938 mit den genannten fünf osteuropäischen Ländern 1,6 % des sowjetischen Warenumsatzes abgewickelt, 1950 jedoch bereits 46,3 % (unter Einschluß der DDR 56,9 %).

Eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Staaten Osteuropas hängt also davon ab, in welchem Maße diese ökonomischen Verflechtungen definitiv fixiert sind. Denn mit der Änderung der Außenhandelsstruktur verband sich auch eine tiefgreifende Änderung der Produktionsstruktur. Diese führte dazu, daß die Nationalwirtschaften Osteuropas von der wirtschaftlichen Verflechtung mit der Sowjetunion abhängig wurden.

### **Rohstoffe für Industriegüter**

Die Sowjetunion hatte das Problem zu lösen, wie die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem osteuropäischen Einflußbereich mit den eigenen Entwicklungszielen in Einklang gebracht werden konnte. Zum Unterschied zu der früher vom Deutschen Reich eingenommenen Rolle eines Maschinenlieferanten gegenüber den sich allmählich umstrukturierenden Agrarstaaten Südosteuropas, die primär Rohstoffe und Nahrungsmittel lieferten, war die Sowjetunion aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur an solchen Exportgütern desinteressiert. Dagegen bestand eine Aufnahmebereitschaft für Industrieprodukte, vor allem für Erzeugnisse des Maschinenbaus. Die Sowjetunion war außerdem nicht in der Lage, aus ihrer Produktion den eigenen Bedarf an Maschinen und Ausrüstungen

und gleichzeitig denjenigen in ihrem neugewonnenen Einflußbereich zu decken. Sie richtete deshalb die Außenwirtschaftsbeziehungen Osteuropas darauf aus, Maschinen und Ausrüstungen (neuerdings in zunehmendem Maße auch Verbrauchsgüter) an die UdSSR zu liefern und dafür aus der Sowjetunion vorwiegend Rohstoffe, Energie und Halbmaterialien zur Verarbeitung zu beziehen. So liegt einer der Gründe für das Sinken des sowjetischen Anteils am rumänischen Außenhandel darin, daß Rumänien diese Tauschkonditionen ab 1958 nicht mehr akzeptierte und auch seinerseits der Sowjetunion Rohstoffe anbot.

#### **Sowjetische „Entwicklungspolitik“**

Um den Bedürfnissen der Sowjetunion und den eigenen entwicklungspolitischen Zielen gerecht werden zu können, mußte die Grundstoffindustrie in Osteuropa selbst stärker als bisher entwickelt werden. Im Einflußbereich der Sowjetunion befanden sich in Mitteldeutschland und der Tschechoslowakei, den neu hinzugewonnenen Westgebieten Polens und teilweise auch in Ungarn spezialisierte, arbeitsintensive metallverarbeitende Indu-

strien, jedoch nur eine schmale metallurgische Basis. Um sich auf eigener metallurgischer Basis von Lieferungen erleichtern zu können, zwang die UdSSR den Staaten Osteuropas unter Eingliederung in das sowjetische Entwicklungsschema den vorrangigen Aufbau von Schwerindustrien auf. Zu den so neu errichteten Industrien gehören vor allem Stahlwerke, die unter vergleichsweise ungünstigen Standortbedingungen diese Volkswirtschaften übermäßig belasten. Die Hüttenwerke in Fürstenwalde, Nova Huta, Kosice, Dunaváros und Kremikowci wurden zu Kennzeichen dieser Industrialisierungspolitik.

Das Erfordernis der Forcierung der Grundlagenindustrie wurde noch dadurch verstärkt, daß sich Osteuropa mit Ausnahme Mitteldeutschlands, der ČSSR und – auf niedrigerem Niveau – Ungarns vor die Aufgabe nachzuholender Industrialisierung gestellt sah. Die Notwendigkeit eines Abbaus der agrarischen Überbevölkerung bestand trotz der Industrialisierungsfortschritte vor und noch während des Zweiten Weltkrieges. Mit dem Schwerpunkt auf kompletten Ausrüstungen und Schwermaschinen hatten die bereits hochentwickelte

## **VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS**

**IN VORBEREITUNG:**

### **EINKOMMENSBESTEUERUNG, EINKOMMENSVERTEILUNG UND WIRTSCHAFTSABLAUF**

von Rolf Ehmcke

In der vorliegenden Studie werden erstmalig anhand der deutschen Nachkriegsentwicklung die Auswirkungen der Einkommensbesteuerung auf Einkommensverteilung, Arbeitsangebot der privaten Haushalte und deren globales Konsum- und Sparverhalten herausgearbeitet. Der Autor kommt dabei zu dem Schluß, daß vor einer konjunkturpolitischen Variation der Steuersätze, wie sie das Stabilitätsgesetz vorsieht, zunächst durch eine Reform der Einkommensbesteuerung eine bessere Abstimmung zwischen Wirtschaftsablauf und Steuerbelastung herbeigeführt werden sollte.

Oktav, 231 Seiten, 1969, brosch. DM 34,—

**V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G**

Tschechoslowakei und Mitteldeutschland die Industrialisierungspläne der anderen RGW-Staaten zu unterstützen.

### Priorität der Schwerindustrie

Der größte Teil der Investitionsmittel wurde deshalb für die Grundstoff- und Schwerindustrie bereitgestellt. So hatte beispielsweise die Grundstoffindustrie der ČSSR während der fünfziger Jahre etwa zwei Drittel des gesamten industriellen Investitionsvolumens absorbiert<sup>1)</sup>. In ähnlicher Weise vollzog sich die Entwicklung bei den anderen Blockmitgliedern. Man muß sich vor Augen halten, daß diese Investitionsstruktur – mit geringen Abschwächungen in den Jahren nach dem Tode Stalins sowie den polnischen und ungarischen Ereignissen von 1956 – nahezu anderthalb Jahrzehnte durchgehalten wurde. Erst in jüngerer Zeit ist eine Verlagerung der Investitionsschwerpunkte auf die Leichtindustrie, Chemie und Verbrauchsgüter feststellbar.

Die Einräumung einer hohen Priorität der Schwerindustrie mittels einer expansiven Industrialisierung ist unauflösbar mit der Übernahme des sowjetischen Entwicklungsmodells und der sowjetischen Suprematie in der Rohstofflieferung verbunden. Die neugeschaffenen Industrien konnten nur unter der Voraussetzung operieren, daß die Sowjetunion die entstehenden Versorgungslücken im Rohstoff- und Energiesektor füllen würde. Rund die Hälfte der Rohstoffbezüge im RGW-Tausch stammt aus der Sowjetunion. Dafür avancierten die Staaten Osteuropas zu den größten Industriegüterlieferanten der Sowjetunion. Insbesondere Mitteldeutschland und die ČSSR übernahmen die Rolle eines Maschinenlieferanten der UdSSR, die vordem westliche Industriestaaten, vor allem Deutschland, eingenommen hatten. Die sowjetischen Aufkäufe repräsentieren einen bedeutenden Anteil an der Gesamt-Kapazität des Maschinenbaus der betreffenden Länder.

Die Bedeutung, die die osteuropäischen Nationalwirtschaften für die industrielle Entwicklung der UdSSR erhielten, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß z. B. alle westlichen Industrieländer weit weniger Maschinen und Ausrüstungen an die Sowjetunion liefern als die DDR allein. 1965 bestritt der RGW beispielsweise 78,7 % der sowjetischen Einfuhr an Maschinen und Ausrüstungen, davon die DDR 28,1 %<sup>2)</sup>. Dagegen betrug der sowjetische Anteil an Maschinen und Ausrüstungen an der Ausfuhr in die RGW-Länder 1965 nur 18 %

<sup>1)</sup> K. K o u b a : The Development of the Structure of the Czechoslovak Economy. In: Czechoslovak Economic Papers, Nr. 4, Prag 1964, S. 18 ff.

<sup>2)</sup> Vnešnjaia trgovlja SSSR za 1965 god, Moskva 1966, S. 58, 94. Werte für 1967: DDR 27,1 %, ČSSR 17,4 %, übrige RGW-Länder 30,4 %, westliche Industriestaaten 22,9 %. Vnešnjaia trgovlja SSSR za 1967 god, Moskva 1968, S. 93.

– selbst bei Rumänien und Bulgarien war dieser Anteil mit 24,5 % bzw. 29,9 % höher. Auch die weitere Erhöhung der sowjetischen Wirtschaftskraft hängt wesentlich von der Fortsetzung solcher osteuropäischer Lieferungen ab – weniger bedeutsam sind dagegen (ganz im Gegensatz zu den entwickelten Ländern Osteuropas) die mit konvertibler Währung zu bezahlenden Westbezüge.

### Abhängigkeit von Rohstofflieferungen ...

Die meisten Staaten Osteuropas sind in hohem Grade auf Rohstoff- und Energieeinfuhren angewiesen. Infolge der von der UdSSR systematisch betriebenen Bindung der osteuropäischen Nationalwirtschaften verstärkte sich diese Abhängigkeit noch. Selbst bei einer Änderung der Industriestruktur durch Auflockerung besonders rohstoffintensiver Produktionen wird sich die Rohstoff- und Energieeinfuhrabhängigkeit Osteuropas weiter vergrößern.

Das Energiepotential der meisten osteuropäischen Staaten ist weit davon entfernt, die aus dem weiteren Wirtschaftswachstum zu erwartende Nachfrage zu decken. Die Bedarfslücke wird in den kommenden Jahren sogar noch zunehmen. So dürfte z. B. das ungarische Primärenergiedefizit 1970 auf 40 % und das der DDR auf über 20 % des Bedarfs ansteigen. Aber auch die anderen Staaten Osteuropas sind auf zunehmende Primärenergieimporte angewiesen. Selbst Polen und Rumänien, die mit Kohle, Koks und Erdölprodukten selbst Energieträger exportieren, müssen Energie importieren.

Besonders schwerwiegend ist der Rohölbedarf. Trotz beachtlicher Fortschritte in den vergangenen Jahren ist Osteuropa immer noch diejenige industrialisierte Region der Welt mit dem niedrigsten Anteil liquider Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch. Im Gegensatz zu den entwickelten Volkswirtschaften des Westens haben die am meisten fortgeschrittenen Industrieländer Osteuropas, die DDR und ČSSR, neben Polen den höchsten Anteil an festen Brennstoffen. Wenn Osteuropa mit den anderen industrialisierten Nationen konkurrieren will, muß es stärker als bisher den Strukturwandel der Energiebilanz von den festen zu den wirtschaftlicheren liquiden Brennstoffen vollziehen. Eine Ausnahme bildet Rumänien. Hier liegt aufgrund eigener Ressourcen der Anteil liquider Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch noch beträchtlich höher als bei der EWG oder den USA. Aber auch in Rumänien reicht die Eigenproduktion – gemessen am Exportbedarf und der stark expandierenden Petrochemie – nicht mehr voll aus. Man kann also vor allem bei der Energiearmut Ungarns und der DDR, aber auch Bulgariens und der ČSSR, ermessen, wie stark diese Volkswirt-

schaften von einem energieliefernden Handelspartner abhängig sind.

... durch die UdSSR

Die Sowjetunion deckt die im wesentlichen durch die schwerindustrielle Produktionsstruktur bedingte Eisenerzlücke<sup>3)</sup>, dazu neben Polen und – in geringerem Maße – der ČSSR die Nachfrage nach Kohle und Erdöl. Im gesamten RGW-Bereich ist einzig die UdSSR in der Lage, in größerem Stil Primärenergie – Kohle, Erdöl, Erdgas – sowie hydroenergetisches Potential zu erschließen und Überschüsse abzugeben. Besonders auf dem Erdölsektor ist die beherrschende Stellung der UdSSR für die Rohstoffversorgung des RGW stark ausgeprägt. Obwohl Erdölerzeugnisse auch in der rumänischen Ausfuhr einen wichtigen Platz einnehmen, fallen diese Erdöllieferungen gegenüber den sowjetischen bei den Importen der RGW-Partner heute nicht mehr ins Gewicht.

Die sowjetischen Rohöllieferungen an den RGW sind absolut gesehen noch nicht hoch. Sie be-

<sup>3)</sup> 1967 exportierte sie z. B. 26,0 Mill. t Eisenerz in den europäischen Teil des RGW. Vgl. Vnešnjaja trgovlja SSSR za 1967 god, Moskva 1968, S. 73.

trugen 1967 23,4 Mill. t Erdöl und 5,7 Mill. t Erdölprodukte<sup>4)</sup>, während zum Vergleich allein die BRD 1967 72 Mill. t Erdöl einführte. Trotz ihres vergleichsweise geringen absoluten Volumens stellen sie aber zu einem weitaus überwiegenden Teil das Aufkommen der osteuropäischen Volkswirtschaften (mit Ausnahme Rumäniens). Die Rohölversorgung wird auch künftig ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Bindung an die UdSSR sein. Die Verflechtung mit der UdSSR auf dem Sektor Erdgas steht zwar noch am Anfang, aber auch hier ist die UdSSR wichtigster potentieller Versorger Osteuropas.

Überwindung der Rohstoff-Preisschere

Bei den sowjetischen Lieferungen an Osteuropa handelt es sich um die Versorgung eines industriellen Potentials, das ungefähr ein Drittel des sowjetischen ausmacht. Während der Anteil der Roh- und Brennstoffe am Export der osteuropäischen Staaten von 1955 an beträchtlich fiel, erhöhte er sich am UdSSR-Export in die Mitgliedsländer des RGW seitdem kontinuierlich. Dagegen

<sup>4)</sup> Vnešnjaja trgovlja SSSR za 1967 god, Moskva 1968, S. 70, 71.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

IN VORBEREITUNG:

**DIE FORDERUNG EINES KONSTANTEN STAATSANTEILS AM BRUTTOSOZIALPRODUKT**

von Uwe Harms

Die wirtschaftspolitische Forderung nach einem konstanten Staatsanteil am Bruttosozialprodukt wird auch heute noch vertreten. Die vorliegende Studie untersucht die Wirkung dieser umstrittenen Forderung auf Konjunktur und Wachstum in der Bundesrepublik. Variationen der Ausgabenstruktur, Einnahmenwirkungen und politische sowie rechtlich-institutionelle Gegebenheiten finden dabei Berücksichtigung. Zur Selektion aus der Vielfalt theoretisch ableitbarer Wirkungsalternativen wird erstmalig eine Neuberechnung der öffentlichen Ausgaben vorgenommen, die sich nicht mehr an haushaltsrechtlichen Kategorien orientiert, sondern die ökonomisch relevanten kreislauftheoretischen Gesichtspunkte berücksichtigt.

Oktav. ca. 260 Seiten, 1969, brosch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

stagnierte der Anteil der Fertigerzeugnisse am Export der UdSSR. Die Sowjetunion kommt so als Rohstofflieferant zunehmend in die Preisschere zwischen Rohstoffen und Industrieerzeugnissen. In Osteuropa angestellte Schätzungen gehen zudem davon aus, daß die Rohölexportmöglichkeiten der UdSSR relativ abnehmen. Selbst wenn die UdSSR künftig auf Rohölexporte in Hartwährungs-länder verzichtet und ihre ganze Überschußproduktion nach Osteuropa liefern würde, würde hier im Jahre 1980 noch ein Rohödefizit von 70 Mill. t bestehen<sup>5)</sup>.

Hinzu tritt, daß das europäische Rußland selbst ein Energiedefizit besitzt, das unter hohen Transportkosten durch Bezüge aus den östlichen Landesteilen gedeckt werden muß. Trotz solcher Spannungen dürfte es aber für die UdSSR von höchstem Interesse sein, die Energie- und Rohstoffbasis der europäischen Volksrepubliken zu sichern. Würde sie ihrerseits das Schema der Arbeitsteilung Rohstoffe gegen Industrieprodukte modifizieren, so würde sie ihre ökonomische Rolle im RGW und damit die politische Kohäsion dieser Organisation gefährden, an deren Wahrung sie jedoch steigend interessiert ist.

Die Stellung eines Angebotsmonopolisten gibt der Sowjetunion die Möglichkeit, die terms of trade zu ihren Gunsten zu manipulieren: Durch eine Differenzierung der Rohstoffpreise nach Absatzgebieten belastet die UdSSR die osteuropäischen Länder bedeutend stärker als westliche Importeure. Sie versucht dabei, die osteuropäischen Volkswirtschaften an ihren hohen Erschließungs- und Transportkosten für Brennstoffe und andere Rohmaterialien zu beteiligen. Nach Einführung neuer Außenhandelspreise am 1. 1. 1966 haben sich die terms of trade etwas zugunsten der osteuropäischen Staaten entwickelt. Die seitdem von der Sowjetunion wiederholt als Alternativlösung vorgeschlagenen Maßnahmen würden die für Osteuropa ungünstigen Austauschrelationen jedoch wieder herstellen. Die sowjetischen Bestrebungen zielen auf eine drastische Erhöhung der terms of trade zugunsten der Rohwarenproduktion oder auf eine verstärkte Kapitalhilfe der osteuropäischen Abnehmer bei der Rohstoff- und Energieerschließung ab. So wurde mit der ČSSR am 23. 9. 1966 ein Vertrag abgeschlossen, nach dem die ČSSR der Sowjetunion einen Kredit von 550 Mill. US\$ für die Erschließung von Ölfeldern im Gebiet von Tjumen/Westsibirien gab. Welche Belastung sich dadurch für die ČSSR-Wirtschaft ergibt, ist daraus ersichtlich, daß dieser Betrag ca. 25 % der 1968 in der gesamten tschechoslowakischen Industrie getätigten Investitionen ausmacht. Polen ist wegen chronischen Kapitalmangels nicht in der Lage, der

UdSSR Investitionskredite zu geben, und daher gezwungen, seinen Energiebedarf weiterhin mit der konservativen Kohle zu decken.

#### Ausschlaggebender Devisenmangel

Trotz solcher Spannungen werden die osteuropäischen Grundstoffbezieher kaum in der Lage sein, die Rohstoff- und Energieabhängigkeit von der Sowjetunion grundlegend zu verändern. Obwohl die terms of trade für Rohstoffbezieher innerhalb des RGW weitaus ungünstiger sind als auf dem Weltmarkt, zwingt der Devisenmangel die von Energieimporten abhängigen Staaten Osteuropas, ihren Bedarf in der UdSSR zu decken. Fortschritte im Transportwesen (z. B. Rohrleitungssystem „Freundschaft“) erleichtern allerdings diese Entscheidung.

Im langjährigen Durchschnitt lag der Anteil der UdSSR an der gesamten Energieeinfuhr zwischen 40 % (Rumänien) und etwa 90 % (Bulgarien, ČSSR, DDR, Polen), bei Eisenerz und Gußeisen erheblich über zwei Drittel, bei Walzstahl und Buntmetallen weit über der Hälfte, hingegen bei Maschinen und Ausrüstungen nur bei etwa 25 % der Gesamtimporte. Eine entscheidende Lockerung der Energieabhängigkeit von der UdSSR ist auch mit dem Einsatz von Kernenergie nicht zu erwarten. So zeichnet sich ab, daß auch künftig die Zunahme der Rohstoff- und Energieeinfuhr beträchtlich über dem allgemeinen Durchschnitt der Einfuhren aus der UdSSR liegen wird.

Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Nationalwirtschaften ist Rumänien aufgrund seiner günstigen natürlichen Ausstattung weitaus weniger auf Energie- und Rohstoffbezüge aus der Sowjetunion angewiesen. Diese Tatsache erleichtert auch zweifelsohne die rumänischen Bemühungen um eine Lockerung der wirtschaftlichen Bindungen an die UdSSR. Aber selbst im Falle Rumäniens verbleibt eine erhebliche Abhängigkeit, da es Eisenerz und andere Rohstoffe aus der Sowjetunion beziehen muß, die aus den erwähnten Gründen nicht kurzfristig durch Weltmarktlieferungen ersetzt werden können. Der Mangel an konvertibler Währung legt schon bei der notwendigen Modernisierung des Produktionsapparates, die sich ohne Bezüge aus westlichen Industriestaaten kaum durchführen läßt, Beschränkungen auf. Die UdSSR garantiert dagegen auch voraussichtlich für die nächsten Jahre noch Rohstoff- und Energielieferungen im Tausch gegen sogenannte „nichtkonvertible“ Industriewaren, die auf dem Weltmarkt kaum abgesetzt werden können. Eine realistische Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit des Ost-West-Handels sollte daher den wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Sowjetunion besonders auf dem Grundstoffsektor Rechnung tragen.

<sup>5)</sup> Vgl. S. Albinowski: Where to Get Petroleum. In: Polityka, 24. 9. 1966. Zitiert nach RFE Research, Polish Press Survey, No. 2018 vom 4. Oktober 1966.